

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung

32. Sitzung
11. März 2024

Ort: Alte Münze
– Haus 3 –
Molkenmarkt 2
10179 Berlin

Beginn: 14.51 Uhr
Schluss: 17.25 Uhr
Vorsitz: Peer Mock-Stümer (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Ausschuss** beschließt, TOP 4 vorzuziehen und unter TOP 3 (neu) zu behandeln.

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

„Welche Austauschformate wurden für den vom Senator Chialo zugesagten Dialog mit dem Kulturbereich nach Aussetzen der Antidiskriminierungsklausel gewählt und wie ist deren Verlauf bisher?“

(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) bedankt sich eingangs für die freundliche Aufnahme in der Alten Münze. – Am 29. Februar 2024 hätten Gespräche mit Kulturinstitutionen, Kulturschaffenden und der freien Szene stattgefunden. Sein Haus habe ein partizipatives Verfahren erarbeitet, in dessen Rahmen am 7. März 2024 eine digitale Abfrage gestartet worden sei. Die Kulturschaffenden seien nach ihren Eindrücken, Erfahrungen und Lösungsansätzen befragt

worden. Ziel sei es, Ende Mai/Anfang Juni in einer Reihe aus vier Veranstaltungen die Ergebnisse zu diskutieren. Das Dialogverfahren solle dazu dienen, den Kulturraum wieder sprechfähig zu machen und Mittel und Wege zu finden, wie zugleich deeskalierend und problemlösungsorientiert miteinander umgegangen werden könne.

Reinhard Naumann (SPD) fragt, ob der Senator seine Auffassung teile, dass über das digitale Format hinaus persönliche Begegnungen nötig seien. Habe er den Senator richtig verstanden, dass Begegnungen in den Foren, die auf der Grundlage der Auswertungen angedacht seien, stattfinden? Nach seiner Erfahrung sei es gut, einander zu begegnen und miteinander zu sprechen und nicht übereinander im virtuellen Raum.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) bestätigt seinen Vorredner. Sein Haus habe zunächst in einer schriftlichen Abfrage herausfinden wollen, wo die Problemlagen an den einzelnen Kulturinstitutionen seien. Im Rahmen der Beantwortung der Fragen zeichne sich bereits ein gewisses Bild ab. SenKultGZ werde diese breit gesammelten Erfahrungen auch teilen, sodass alle auf den gleichen Kenntnisstand gesetzt würden. Danach werde die inhaltliche Auseinandersetzung erfolgen. Das Ziel müsse sein, die Situation, die in Berlin aktuell zu erleben sei, aufzulösen, damit der Kulturraum wieder als Ort des progressiven Denkens, des Meinungsaustausches und der Offenheit – frei von jeglichen Ängsten – fungieren könne.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) stellt die vorab schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Liegt das beauftragte Gutachten über die Rechtmäßigkeit der Einführung einer Antisemitismusklausel für den Bereich der Kulturförderung bereits vor, und wenn ja, zu welchen Ergebnissen kommt das Gutachten und welche nächsten Schritte sind geplant?“

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) fasst die Ergebnisse des Gutachtens der Kanzlei Graf von Westphalen wie folgt zusammen: Einzelne in der Antidiskriminierungsklausel verwendete Begriffe wie „Vielfalt“ oder „sich gegen etwas zu stellen“ oder „etwas abzulehnen“, aber auch „Antisemitismus“ und „Diskriminierung“ begegneten in der Art ihrer Verwendung Bedenken unter dem Bestimmtheitsgebot. Eine Antidiskriminierungsklausel benötige aufgrund der Berührung wichtiger Grundrechte – Kunstfreiheit, Meinungsfreiheit, allgemeines Gleichheitsgebot – nach der vom Bundesverfassungsgericht entwickelten und in ständiger Rechtsprechung angewendeten Wesentlichkeitstheorie voraussichtlich eine parlamentarische Gesetzesgrundlage. Eine rechtliche Verankerung allein im Rahmen der Fördergrundsätze reiche nicht aus.

Eine solche Grundlage könne sowohl vom Parlament geschaffen, aber auch in der Landeshaushaltsordnung verankert werden. Daran arbeiteten derzeit SenJustV in Zusammenarbeit mit SenASGIVA und unter Beteiligung von SenInnSport und SenKultGZ.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) möchte wissen, ob dieses Gutachten mit dem auf dem Portal „FragDenStaat“ veröffentlichten Auszügen identisch sei. Sie bitte darum, dass den Abgeordneten das Gutachten zur Verfügung gestellt werde. – Welcher nächste Schritt sei gemeinsam mit den Kulturschaffenden geplant, um deren Erfahrungen miteinzubeziehen?

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) erklärt, er habe keine Kenntnis darüber, was im Internet veröffentlicht worden sei, werde die Beantwortung der Frage aber nachreichen. – Es sei be-

geschlossen worden, eine senatsverwaltungsübergreifende Lösung zu finden, die alle Senatsverwaltungen betreffe. In der erwähnten Arbeitsgruppe aus vier Senatsverwaltungen würden auch die Erfahrungen von SenBJF und SenWGP miteinfließen, federführend seien jedoch SenJustV und SenASGIVA.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer hält fest, dass das Gutachten den Ausschussmitgliedern sobald wie möglich zur Verfügung gestellt werde. – In dem Zusammenhang bedanke er sich bei den Verwaltungen für die kurzfristige Weiterleitung bzw. Beantwortung der Fragen.

Martin Trefzer (AfD) erkundigt sich, wie es der Senator bewerte, dass die Kampagne „DJs Against Apartheid“ eine Unterschriftenaktion gestartet habe, zu der auch das Berliner Szeneportal „Resident Advisor“ aufgerufen habe.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) antwortet, diese Unterschriftenaktion sei ihm nicht bekannt.

Daniel Wesener (GRÜNE) weist darauf hin, dass der Landesmusikrat auf seiner Pressekonferenz auf die schwierige Situation der bezirklichen Musikschulen hingewiesen habe. Hintergrund sei das Urteil des Bundessozialgerichts zur Sozialversicherungspflicht von Beschäftigten, wodurch teilweise keine neuen Honorarverträge abgeschlossen und damit keine neuen Musikschülerinnen bzw. -schüler aufgenommen werden könnten. Wann werde der Senat Rechtssicherheit hinsichtlich der Konsequenzen aus diesem höchstrichterlichen Urteil herstellen?

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ) erklärt, es sei beabsichtigt gewesen, dem Senat nach der heutigen Staatssekretärskonferenz eine entscheidungsreife Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen. Diese Vorlage sei jedoch um eine Woche vertagt worden, um die Rechtssicherheit sicherzustellen. Diese Vorlage werde zwischen SenFin, SenBJF und SenKultGZ abgestimmt. Zum Inhalt könne er im Interesse, die beste mögliche Lösung zu finden, noch nichts sagen.

Daniel Wesener (GRÜNE) fragt, wie der Senat die aus seiner Sicht nachvollziehbare Forderung der Bezirksbürgermeisterin sowie der Kulturstadträtin aus Steglitz-Zehlendorf, die Bezirke von dem finanziellen Risiko in Form einer Basiskorrektur freizustellen und die Haftungsfrage für die Leiterinnen und Leiter der Musikschulen zugunsten der Bezirke zu klären, bewerte.

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ) antwortet, dass sich der Senat diesbezüglich in der Beratung befinde. Es handele sich um eine klassische Fachfrage, die zum jetzigen Zeitpunkt nur SenFin beantworten könne. Er sei positiv gestimmt, dass eine gute Lösung erzielt werde, bitte jedoch noch um etwas Geduld.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer erklärt die Aktuelle Viertelstunde für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) bekundet, dass der plötzliche Tod René Polleschs nicht nur die Theaterszene Berlins sondern die gesamte Kulturszene Deutschlands schwer getroffen habe. Er habe der Geschäftsführung und der Belegschaft der Volksbühne Solidarität und Unterstützung zugesichert. Der Trauer werde der nötige Raum gegeben, daher verböten sich derzeit Diskussionen über Nachfolgeregelungen. Zum gegebenen Zeitpunkt werde er sich dazu äußern.

Gemeinsam mit der republica GmbH werde SenKultGZ am 26. Mai 2024 im Deutschen Technikmuseum eine Konferenz zu dem Thema Künstliche Intelligenz und Kultur ausrichten. Internationale Expertinnen und Experten würden technische, wirtschaftliche, rechtliche und ethische Grundlagen von KI in der Kultur vorstellen. Die Konferenz werde von einem künstlerischen Offstage-Programm flankiert, das die technischen und künstlerischen Anwendungsmöglichkeiten von KI präsentiere. Ziel der Konferenz sei es, unter dem Motto „KI verändert Kultur – Kultur verändert KI“ Aspekte aufzuzeigen und zu diskutieren, die sich durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Kulturbereich änderten. Die Konferenz richte sich an ein breites Publikum von Berliner Kulturakteurinnen und -akteuren. Die Teilnahme sei kostenlos.

Am 10. März 2024 habe er an der Demonstration gegen linken, rechten und islamistischen Antisemitismus teilgenommen und auf der Kundgebung gesprochen. Gerade in diesen schwierigen Zeit sei es wichtig, der Dehumanisierung auf beiden Seiten entschlossen entgegenzutreten und Brücken zu bauen, damit Berlin seiner Rolle als Stadt der Freiheit gerecht werde.

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ) ergänzt, am 26. Februar 2024 habe der Senator auf Einladung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in der Berliner Gedächtniskirche an einer Podiumsdiskussion, die von Reinhard Naumann moderiert worden sei, teilgenommen.

Am 1. März 2024 habe das Projekt „Nachtschicht“ stattgefunden. Dabei stellten Kreativfirmen unter dem Motto „Acht Stunden für den guten Zweck“ die Kompetenzen ihrer Mitarbeitenden pro bono gemeinnützigen Organisationen zur Verfügung. Kultursenator Joe Chialo habe für dieses Jahr die Schirmherrschaft übernommen. Seiner Kenntnis nach seien dabei über 4 000 Stunden Mehrarbeit geleistet worden.

Daniel Wesener (GRÜNE) fragt, wie der Prozess zur Nachfolge von René Pollesch aussehen werde. Plane der Senator eine Ausschreibung oder die Einsetzung einer Findungskommission, ggf. auch unter Beteiligung von externen Expertinnen bzw. Experten? Oder werde der Senator diese Entscheidung allein treffen?

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) zeigt Verständnis für das Interesse, jedoch würden zunächst Gespräche mit der Belegschaft geführt. Es sei für ihn von großer Wichtigkeit, dass für das Haus eine Nachfolgeregelung gefunden werde, die die entstandene Lücke zumindest halbwegs schließen könne.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt 2 ab.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1359 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage	0218 KultEnDe InnSichO(f)
--	---

Vorsitzender Peer Mock-Stümer weist darauf hin, dass ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vorliege, der den Abgeordneten zuvor per E-Mail übersendet worden sei (siehe Anlage zum Beschlussprotokoll).

Dr. Robbin Juhnke (CDU) erklärt, die bisherige Fassung ergänze die bestehenden Feiertage des Landes Berlin um den 8. Mai 2025, den 80. Jahrestag der Kapitulation Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, als einmaligen Feiertag. In dem vorliegenden Änderungsantrag fast aller Fraktionen solle auch der 17. Juni 2028, der 75. Jahrestag des Volksaufstandes, zu einem einmaligen Feiertag erklärt werden. Er bitte darum, den kurzen Vorlauf zu entschuldigen.

Martin Trefzer (AfD) erinnert daran, dass seine Fraktion den Antrag gestellt habe, bereits den 70. Jahrestag des 17. Juni 1953 im vergangenen Jahr zu einem Feiertag zu erklären. Dieser Gesetzentwurf sei jedoch nicht zum Tragen gekommen. Seine Fraktion begrüße es ausdrücklich, dass bereits vorausschauend an den 75. Jahrestag gedacht werde, und werde den Antrag unterstützen.

Daniela Billig (GRÜNE) bekräftigt, dass der Änderungsantrag von vier Fraktionen gestellt worden sei und den Blick in die Zukunft richte.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zuzustimmen und dem federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1359 mit den zuvor beschlossenen Änderungen zu empfehlen.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0216](#)
Zur Zukunft der Alten Münze. Perspektiven von
Sanierung, Vergabe und Nutzung KultEnDe
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0149](#)
Alte Münze als Kulturort mit Musikschwerpunkt
sichern: Stand der Sanierung, Betreibermodell und KultEnDe
„Zentrum für Jazz und improvisierte Musik“ –
Sachstand und Ausblick
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.